

Zeitschrift: Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art
Band: 57 (1970)
Heft: 3: Universitätsplanung in der Schweiz

Artikel: Planung und Planungsstand der Freien Universität Berlin
Autor: Schmidt-Thomsen, Jörn-Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-82173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Tatsache, daß gewisse Formen mit bindender Symbolkraft geladen sind, ist so alt wie die Menschheit selbst; die Bedeutung dieser Formen wandelt sich aber ständig mit den kulturellen Grundauffassungen, was dazu zwingt, die Anwendung von Symbolen stets in Frage zu stellen. Dazu muß man sie aus ihrer Entstehung begreifen. Susanne K. Langer (S. 121 ff.) formuliert unter anderem am Beispiel der Sprache als Symbolsystem die Genesis aus dem spielerischen Umgang mit Äußerungen, die nicht Träger einer natürlichen Mitteilung sein dürfen, aber emotionell interessant sind, indem zuerst Gefühle konnotativ in diese Gegenstände der äußeren Welt projiziert werden, was die Grundlage bildet zu einer gesellschaftlich denotativen Definition des Gegenstands, womit er zum Symbol wird. Man bemerke die starke Betonung des Elements der inneren Überzeugungskraft eines potentiellen Symbols; wer diesen Aspekt (durch Erfinden-wollen von Symbolen) umgeht, riskiert sich lächerlich zu machen. Bezeichnenderweise wird in der neueren Erforschung der Semiotik der eher nebulose Begriff des Symbols weitgehend umgangen; statt dessen werden objektivierte, operative Aspekte des allgemeineren Begriffs «Zeichen» verwendet (zum Beispiel Charles Morris: «informative, evaluative, incitive, systemic use of signs»).

Die Frage nach den richtig gesetzten Treffpunkten ist ähnlich gelagert; wo das Bedürfnis, sich zu treffen, vorhanden ist, wird es sicher richtig geschehen, und wenn der Rahmen dazu noch so schäbig scheint. Und es gibt wohl nicht viel Deprimierenderes als jenen geplanten Treffpunkt, wo sich schließlich, weil er so deutlich hohl ist, niemand trifft. Damit ein Treffpunkt «richtig» wird, bedarf er einer Aktivierung, deren Verhinderung wohl kaum im in Frage gestellten Rastermaß des Richtplans liegen dürfte. Was aber an effektiv aktivierenden Elementen nicht aus freier Interpretation vielfältiger Möglichkeiten wächst, sondern an Spalierdrähten, verunmöglicht sich letztlich aus mangelnder Überzeugungskraft selbst. Etwas anders steht es um die Orientierungsstruktur. Sie wird gebildet durch die Ordnung der Wahrnehmung der vorhandenen baulichen Elemente. Es fragt sich aber, welche Schicht der Realität welche Relevanz hat, und insbesondere, inwiefern die Elemente des Richtplans schon relevante bauliche Elemente darstellen.

Sich orientieren heißt, mit allen fünf Sinnen die Umwelt wahrnehmen, die so empfangene Signale deuten und in einen Zusammenhang bringen. Orientierung, oder der Vorgang des Sich-Zurechtfindens im Raum, folgt Gesetzen, die in der Gestaltpsychologie, Lernpsychologie und Kybernetik in gut belegter Weise formuliert sind; sie besagen, daß schon die Grundlage (Wahrnehmung) etwas höchst Subjektives ist, was beeinflußt wird durch die Intention, welche gebildet wird aus Absicht, Stimmung, Erwartung, Assoziationen, Erziehung, gemachte Erfahrungen usw. In jedem Falle wird aus dem Formenangebot nur der für den Einzelnen relevante Teil herausgelesen.

Ein Gegenstand wird nicht unmittelbar als Ganzes wahrgenommen, sondern nur mittelbar: in denjenigen Teilespekten, die den Intentionen des einzelnen Wahrnehmenden entsprechen, also für ihn von Bedeutung sind. Wahrgenommen wird als Summe eine Situation, die den erwünschten Aspekt des Gegenstands als möglichen Bestandteil mit einbegreift. Nicht intendierte Aspekte

werden «anders» wahrgenommen oder verdrängt.

In einer Untersuchung über Wahrnehmung und Orientierung sind somit nur diejenigen Elemente interessant, welche beispielsweise für den Wahrnehmenden von Bedeutung sind. Ob die Gesamtformordnung einer Hochschule für den Benutzer in dieser Beziehung viel hergibt, erscheint sehr fraglich, nachdem aus vielen anderen Untersuchungen hervorgeht, daß man sich nach scheinbar sekundären Zeichen orientiert, weil diese den viel bedeutsameren Alltagspragmatismus verkörpern. Da solche Zeichen im Richtplan für die Erweiterung in Dorigny gar nicht enthalten und somit nicht kritisierbar sind und andererseits in dieser Hinsicht durch den Richtplan nicht präjudiziert werden, wird die Kritik in diesem Punkt völlig gegenstandslos.

Konklusion

Verständlicherweise können nicht sämtliche Planungsinstanzen der Schweiz den durch solche Beispiele aufgezeigten gewaltigen Komplexitätsgrad selbst bewältigen. Wir schlagen deshalb vor, ein Institut auf nationaler Ebene zu schaffen, das sich mit dem Planungsgrundlagen-Problemfeld befaßt und die Resultate seiner Forschungen den interessierten Instanzen zur Verfügung stellt. Dieses Instrument der Planung wäre zugleich geeignet, die notwendige Hierarchie von Planungskriterien auf sachlicher Basis zu begründen, ohne selbst irgendwelche Planungsinteressen zu vertreten.

- I. M. Bocheński, «Zeitgenössische Denkmethoden», Zürich/München 1954.
- Lucius Burckhardt, «Offener Brief an Max Frisch», *werk* 10/1966, S. 233* ff.
- Derselbe: «Hochschulplanung und Stadtplanung», in «Der Bund» vom 29. April 1968.
- Colin Cherry, «On human communication», MTT-Press.
- Martin Geiger, «Flexible Strukturen für wachsende Universitäten», *werk*-Chronik, *werk* 10/1966, S. 234* ff.
- Franz Heigel, «Kunst als Information – Information als Kunst», SWB-Kommentare 12 und 13, in *werk* 10/1969 und 12/1969.
- Susanne K. Langer, «Philosophie auf neuem Wege; das Symbol im Denken, im Ritus und in der Kunst», Harvard 1942.
- Kevin Lynch, «Das Bild der Stadt», Berlin 1965.
- Charles Morris, «Signs, Language and Behavior» und «Signification and Significance», MIT-Press.
- Chr. Norberg-Schulz, «Logik der Baukunst», Berlin 1965.
- Zwischenberichte 1967 und 1968 des Bureau d'étude des aménagements de l'EPUL.
- Expertise der Untersuchungskommission, präsidiert durch J.M. Ellenberger, vom 12. März 1969, zuhanden der Direktion der Eidgenössischen Bauten, Bern.
- Bureau d'étude des aménagements de l'EPFL, präsidiert durch Prof. Foretay, «Prise de position sur le rapport du 12 mars 1969 de la commission d'experts, et analyse détaillée de ce rapport», vom 15. April 1969.

Planung und Planungsstand der Freien Universität Berlin

von Jörn-Peter Schmidt-Thomsen

Der Plan, eine Freie Universität Berlin zu gründen, entstand nicht unter dem Vorzeichen quantitativer Bedarfsdeckung oder mit der Zielsetzung einer intensivierten wissenschaftlichen Hochschularbeit. Den Anstoß dazu gab der Auszug zahlreicher Professoren und Studenten aus der Humboldt-Universität in Ostberlin 1948, der im Augenblick der endgültigen politischen Teilung der Stadt den Versuch darstellte, durch politisches Handeln die Universität als emanzipatorisches Element der Gesellschaft bewußt zu machen und sie als solches zu erhalten. Will man also überhaupt nach einem zwanzigjährigen Bestehen der Freien Universität von einer Tradition sprechen, so liegt sie zweifellos in der Gesellschaftsbezoogenheit ihres Gründungsauftrags, auf den die kritische Unruhe der sich als revolutionär verstehenden Gruppen hier vielleicht mit größerem Recht als anderswo zu beziehen ist.

Aus dem Provisorium von 1948 mit 2200 Studenten ist inzwischen eine «verfestigte» Institution mit rund 15 000 Studenten geworden, deren Flächenplanung bis heute von den ersten «provisorischen» Standortentscheidungen, deren Bauplanung wesentlich von den sich wandelnden inhaltlichen Vorstellungen vom gesellschaftlichen Gegenstand «Universität» beeinflußt wird.

Zunächst sprach zur Zeit der Gründung für den Standort im Villenviertel Dahlem die Verfügbarkeit einiger Bauten wissenschaftlicher Institute und die Möglichkeit, kurzfristig mehrere größere Privatvillen zur Behausung der neuen Universität aufzukaufen zu können. Wiewohl für den Augenblick durch den vorhandenen U-Bahn-Anschluß eine hinreichend brauchbare Verkehrsverbindung zur City gegeben schien, war die Lage nicht mit den innerstädtischen Standorten der Humboldt-Universität und der Technischen Universität zu vergleichen. Dennoch drängte sich dieser Vergleich immer wieder dann auf, als im Laufe der fünfziger Jahre das öffentlich noch als Provisorium akzeptierte Gebilde durch zusätzliche, teils recht verstreute Einzelbauten wuchs und 1960 mit 10 500 Studenten kaum noch eine Chance der Verlagerung aus dieser mehr oder minder isolierten Randlage gegeben war.

Die Kritik mit ihrer Furcht vor einer stadt-fremden und öffentlichkeitsabgewandten Einrichtung und mit ihren nunmehr verspätet vorgebrachten Standortalternativen¹ im innerstädtischen Bereich mochte sich dabei zwar auf die offizielle Stimme des Wissenschaftsrats stützen, der sich in seinen Empfehlungen² für eine besonders sorgfältige Prüfung intensiver Bezüge in den außeruniversitären Bereich bei der Hochschulplanung ausgesprochen hatte, konnte jedoch die Standortfixierung der Ausbauplanung, wie sie anlässlich des Wettbewerbs im Jahre 1963 vorgestellt wurde, nicht mehr beeinflussen. Der

Wettbewerbsauslober hatte sich seinerseits zwar unter Bezugnahme auf dieselben Empfehlungen, daß «ein wesentliches Merkmal des deutschen Hochschulwesens auch die Unabhängigkeit des studentischen Lebens außerhalb der Universität» sei, ebenfalls gegen eine Campus-Universität als akademischer Exklave ausgesprochen³, die Standortfrage aber nicht unter dem Gesichtspunkt einer möglichst weitgehenden städtischen Verflechtung zu revidieren vermochte. Die Freie Universität ist nunmehr weder eine Campus-Anlage, noch verfügt sie über mehr als nur mühsame Ansätze einer Stadtbezogenheit. In der öffentlichen Meinung ist sie den Rechten eine Bruststätte der Revolution, den Linken das Territorium zur Bildung «roter Zellen», einigen ein Ausdruck universitäter Autonomie, manchen der uneinsehbare Elfenbeinturm. Für viele liegt sie irgendwo «da draußen», 20 Fahrminuten von der Innenstadt; wohnt doch, wie eine Untersuchung festgestellt hat⁴, die überwiegende Mehrzahl der Studierenden in der City oder ihren Randzonen.

Nach der 1961/62 erfolgten Struktur- und Standortplanung für den künftigen Ausbau wurde im Rahmen des über 80 ha großen Gesamtareals für die Universität 1963 ein Wettbewerb für die Bebauung des 13,6 ha großen «Obstbaumgeländes» ausgeschrieben, in der Absicht, eine Verbindung zwischen dem bis zu dieser Zeit entstandenen Universitätskern mit Bibliothek, Auditorium Maximum und Mensa an der Garystraße im Südwesten und den Institutsbauten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät an der Fabeckstraße im Nordosten herzustellen. Die zu entwickelnde Anlage sollte sämtliche Einrichtungen der philosophischen Fakultät, Teile der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät, ein Kollegienhaus sowie eine Mensa enthalten. Hinzu kamen notwendige technische Anlagen, die Berücksichtigung von Erweiterungen der beiden Fakultäten von 20% beziehungsweise 60% sowie die Ausweisung von 1800 PKW-Einstellplätzen.

Es war das besondere Verdienst des damaligen Senatsbaudirektors Düttmann, daß mit diesem Wettbewerb der Versuch unternommen wurde, von der Planungsmaxime des Einzelbauwerks, die die Weitläufigkeit der vorangegangenen Konzeptionen mit ihren Fakultätsdomänen und professionalen Erbhöfen bestimmte, zugunsten einer Baustruktur mit integrierten Einrichtungen abzurücken.

Zweifellos kam der Vorschlag der ersten Preisträger Candilis, Josic, Woods, Schiedhelm, Greig dieser Vorstellung am nächsten mit einem Entwurf, dessen organisatorisches Zirkulationsgerüst – vier im Abstand von 66 m parallel verlaufenden Haupt-Fußgängerstraßen mit Quer- und Kreuzungen – den Programmforderungen von Austauschbarkeit und Erweiterungsmöglichkeit in sehr differenzierter Weise nachzukommen versprach. Innerer Umbau, Anbau und Ausbau von Innenhöfen sowie die Aufstockung der im wesentlichen zweigeschossigen Anlage – das Untergeschoss enthält die technischen Einrichtungen und die Feuerwehrzufahrt – bis zu vier Geschossen waren zwar ein organisatorisch bestehendes, aber nicht das wesentlichste Kriterium dieser von der Formulierung des für diese Planungsaufgabe idealtypischen getragenen Konzeption.

Hinter den von Woods zur Erläuterung⁵ verwendeten Wörtern wie «groundscraper organization» oder «polycentric system» steht ein gesellschaftliches Gruppenmodell⁶, dem ein Maximum

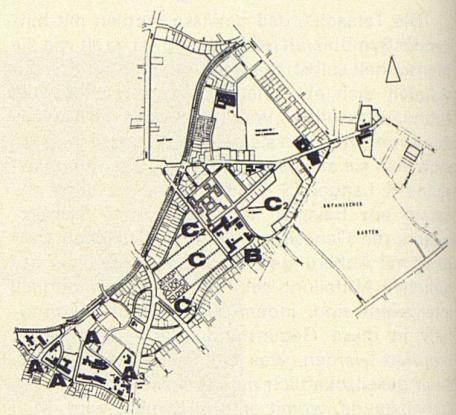
an Informationsdichte und an kollektiver wie individueller Entfaltung in räumlich nicht fest vorgeformulierten Situationen garantiert sein soll. Gegensatzpaare wie Gruppe und Individuum, Informationsaustausch und Meditation, Kontakt und Isolierung lassen ihn von einer «Zonung» sprechen, wie sie sich im Entwurf als Gegensatz von Haupt-Fußgängerstraßen und Innenbereichen, Erdgeschoß- und Obergeschoßnutzung, Bibliotheksflächen und Hörsaalgruppen verfolgen läßt. Hinzu tritt die Funktion der Universität, permanent neu zu werden, sich an unumgängliche, durch sie selbst hervorgebrachte Wandlungen anzupassen, die ihre Existenz kennzeichnen. Wenn daher dieser Entwurf als «geschlossenes System» kritisiert wurde⁷, dessen «Flexibilität mit der Fertigstellung des Baus im wesentlichen abgeschlossen ist», so kann es sich nur um eine Fehlinterpretation und um eine bis heute nicht beweisbare Aussage handeln.

Über die Vorleistungen, diese Flexibilität in hohem Maße und über eine noch nicht bestimmbare Zeit mit technischen Mitteln zu erhalten, wird noch zu reden sein.

Nach dem Planungsauftrag für die über das Wettbewerbsgebiet hinausgehende Gesamtkonzeption sowie nach Erteilung des Bauauftrags für einen ersten Abschnitt 1965 wurde zunächst ein Wettbewerb unter mehreren Konstruktionsfirmen für die Rohbaukonstruktion mit Festpreisabgabe ausgeschrieben. Die Ausschreibungsbedingungen für die in Fertigteilen auszulegende Konstruktion konzentrierten sich auf eine leichte Montierbarkeit der Elemente, die leichte Demontage, die Möglichkeit der Wiederverwendung von Teilen, günstige Transportdimensionierung, Flexibilität der Stützenstellung sowie einen möglichst geringen Kostenaufwand bei Einhaltung der gesetzlichen Schutzbestimmungen. Nach dem Angebotsvergleich⁸ wurden die Arbeitsgemeinschaft Fr. Krupp Universalbau GmbH und Krupp-Druckenmüller GmbH mit der Durchführung beauftragt. Damit fiel die Entscheidung für eine Stahl-Stahlbeton-Mischkonstruktion mit flexiblen Schraubverbindungen. Feuersicher ummantelte Stahlprofil- und Stahlkastenstützen zwischen je zwei U 400-Profilen tragen die senkrecht dazu verlegten Deckenträger mit aufgeschraubten Fertigbetonplatten. Die Plattenfugen sind mit leicht zu entfernendem Magermörtel verfüllt, um die horizontalen Schubkräfte aufnehmen zu können. Direkt auf diese Deckenplatten wird später ein Teppichboden verlegt, die Dachhaut oder begehbarer Dachterrassenböden aufgebracht. Zusammen mit der abgehängten feuersicheren Unterdecke, die zugleich die Horizontalinstallation abdeckt, ergibt sich eine Gesamtdachhöhe von 95 cm.

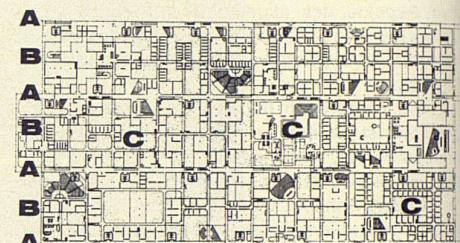
Unabhängig von dem für die Rohbaukonstruktion gewählten Rastermodul von 60 cm wird für den Ausbau und die Fassade mit Maßreihen des Modulors gearbeitet. Die hierbei im Fassadenbereich auftretenden Toleranzen werden durch eine besondere Ausbildung der senkrechten Stahlpfostenprofile in der Fassade selbst ausgeglichen. Die französische Konstruktion der Fassade mit Panels aus Corten-Stahl wird von einer Berliner Firma ausgeführt.

Die hohe Zahl der durch Neoprene-Dichtungsprofile weitgehend flexibel gehaltenen Fassadenelemente mit einer sehr differenzierten Ausbildung der geschlossenen, fest oder beweglich verglasten oder der von innen als Bücher-

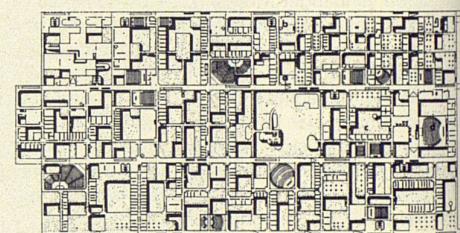


1 Planungsgebiet Dahlem
A Universitätsschwerpunkt Garystraße

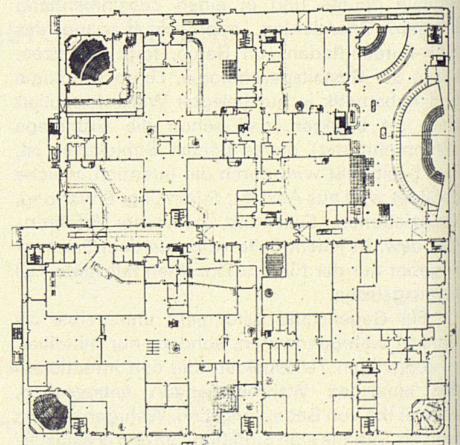
- A₁ Bibliothek
- A₂ Auditorium Maximum
- A₃ Mensa 1
- B Universitätsschwerpunkt Fabeckstraße
- C «Obstbaumgelände»; Wettbewerbsgebiet
- C₁ Erster Bauabschnitt
- C₂ Erweiterungsfächen



2 Wettbewerbsentwurf Candilis, Josic, Woods, Schiedhelm, Greig
Erdgeschoß
A Haupt-Fußgängerstraßen
B Innenzonen (Bibliotheken, Institute)
C Innenhöfe



3 Obergeschoß



4 Ausführungsplan des Erdgeschoßes im ersten Bauabschnitt

ablage benutzbaren, ausgebuchteten Flächen gestattet jedoch nur in beschränktem Umfang die Fertigung in großen Serien. Hinzu kommt noch die Anzahl derjenigen verschiedenen Sonderelemente, die sich, dem Gelände folgend, aus dem Vertikalversatz des Bausystems ergeben. Da es sich aber hierbei um die Nullserie handelt, ist grundsätzlich ein erhöhter Kostenfaktor anzusetzen. Ähnliches gilt für die Entwicklung des versetzbaren Innenwandsystems aus doppel-schaligen Elementen.

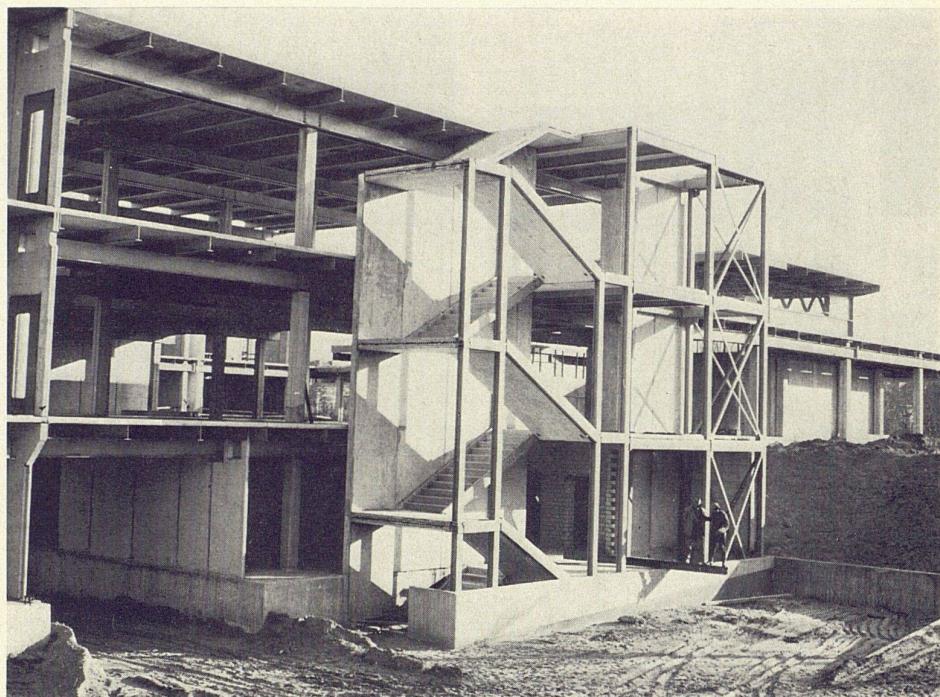
Das Corten-Material der äußeren Panelschalen – hier Patinax der Firma HOAG – hat an einem Versuchspavillon gerade seinen zweijährigen Rostungsprozeß abgeschlossen.

Die Bilder illustrieren den derzeitigen Planungszustand des ersten Bauabschnitts, der 1967 begonnen wurde und nach Abschluß im Jahre 1971 die Abteilungen Geschichte und Germanistik sowie eine Hörsaalgruppe und die Telephonzentrale der Gesamtuniversität aufnehmen soll. Bautermine für den zweiten Bauabschnitt mit den Abteilungen Psychologie, Pädagogik, Anglistik, Philosophie sowie dem Dekanat stehen noch nicht endgültig fest.

Der augenblickliche Planungsstand ist jedoch nicht unbeeinflußt geblieben von Einwendungen gegen den ursprünglichen Wettbewerbsentwurf⁹, von Veränderungen des Programms und von Einflüssen sich ändernder Lehrformen.

Die Bedenken gegen niedriggeschossige Chemiebereiche mit Innenhoflage sind durch die Ausweisung neuer Standorte gegenstandslos geworden. Die ursprüngliche Vorstellung von einer Hörsalkonzentration wurde zugunsten mehrerer Hörsaalgruppen revidiert. Statt einer Zahl von Cafeterias wird nur eine Mensa zu planen sein. Die Durchlässigkeit von Bibliothekszonen mußte aufgegeben werden. Die Unterbringung der Wageneinstellplätze war neu zu regeln. Noch vor einem Jahr äußerte die Studentenschaft massive Bedenken gegen ein «völlig konventionell ermitteltes Programm, indem weitgehend nach zähem Ringen um einzelne Quadratmeter die Wünsche der Professoren erfüllt wurden»¹⁰. Eine über die daraufhin teilweise berücksichtigten Forderungen nach mehr Gruppenarbeits- und -aufenthaltsräumen, nach Duschräumen und einer Kindertagesstätte hinausgehende Initiative blieb jedoch aus, was leider einmal mehr jene bestätigt hat, die von Beginn der Arbeiten an in den Studenten nur einen kurzlebigen Planungspartner gesehen haben.

Auf längere Sicht scheinen jedoch beginnende Veränderungen innerhalb der Organisation der Lehre eine entscheidende Herausforderung für die Flexibilität der Konzeption zu werden. Die große Massenvorlesung verliert als Informationsvermittlung zusehends an Bedeutung, während die Zahl und das Gewicht der Arbeit in kleinen Gruppen wächst. Nimmt man etwa das Vermittlungsmedium Fernsehen – und dessen Konservierbarkeit! – sowie die steigende Bedeutung und Ausstattung von Bibliotheken hinzu, stellt sich die Frage nach der Berechtigung mehrerer großer Auditorien, besonders dann, wenn diese nicht differenzierbar ausgerüstet sind oder ihr Flächenbedarf die wachsende Notwendigkeit zusätzlicher Seminarräume stark einschränkt. Wieweit auch hier Flexibilität gewährt werden kann, ist der derzeitigen FU-Bauplanung noch nicht zu entnehmen. Im Augenblick besteht die Tendenz, zusammenhängende Flächen weitgehend klein-



5

Unverkleidete Außenfront im zweigeschossigen Bereich mit Untergeschoß und Feuerwehrdurchfahrt. Außentreppenverbindung der Geschosse

6

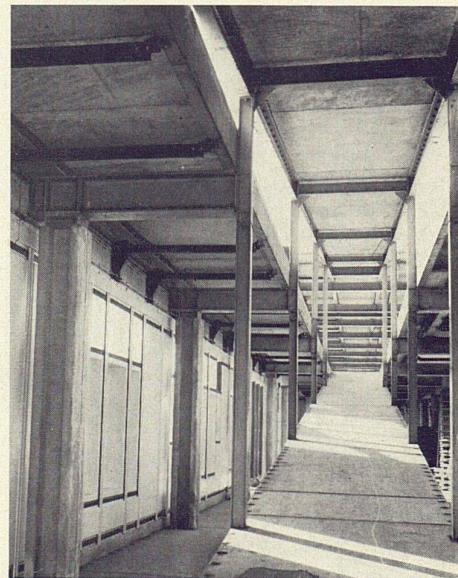
Innenverbindung der Geschosse durch Rampen innerhalb der Haupt-Fußgängerstraßen

7

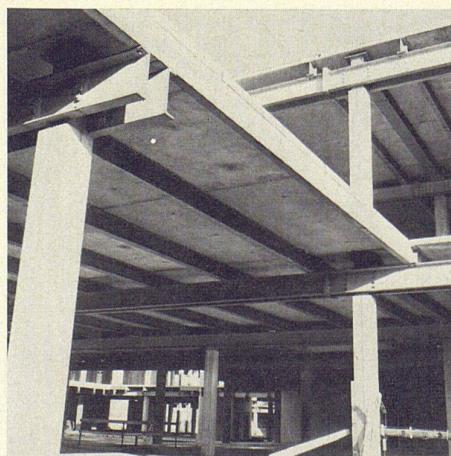
System der Verbundkonstruktion in ein- und zweigeschossigen Bauteilen, hier mit feuersicher ummantelten Stahlkastenstützen

8

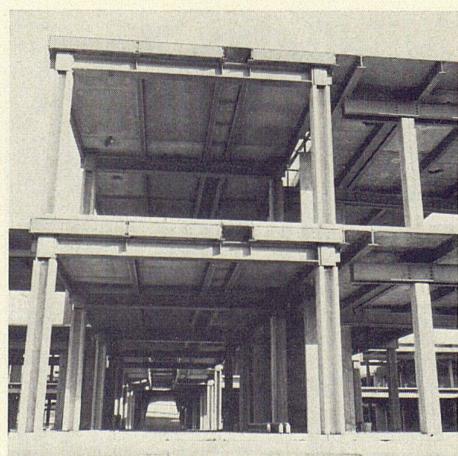
Konstruktive Ausbildung des Anschlusses zwischen einer inneren Haupt-Fußgängerstraße (links) und einem Bauteil der Innenzone



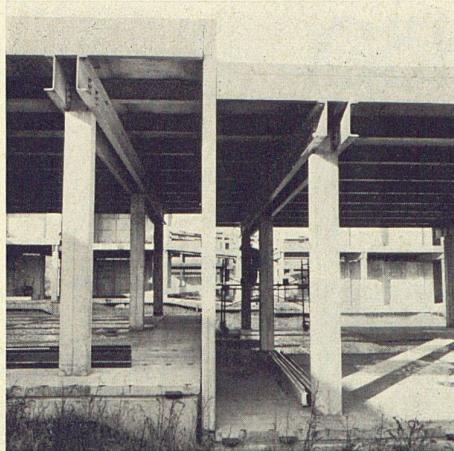
6



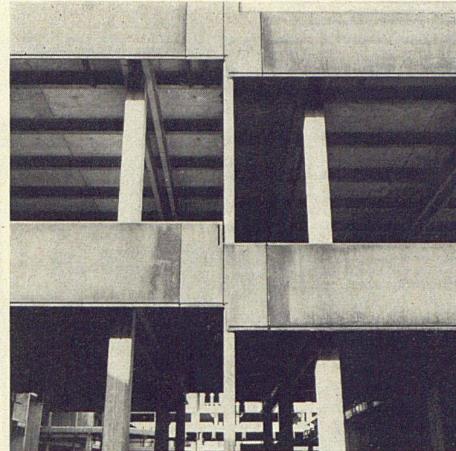
7



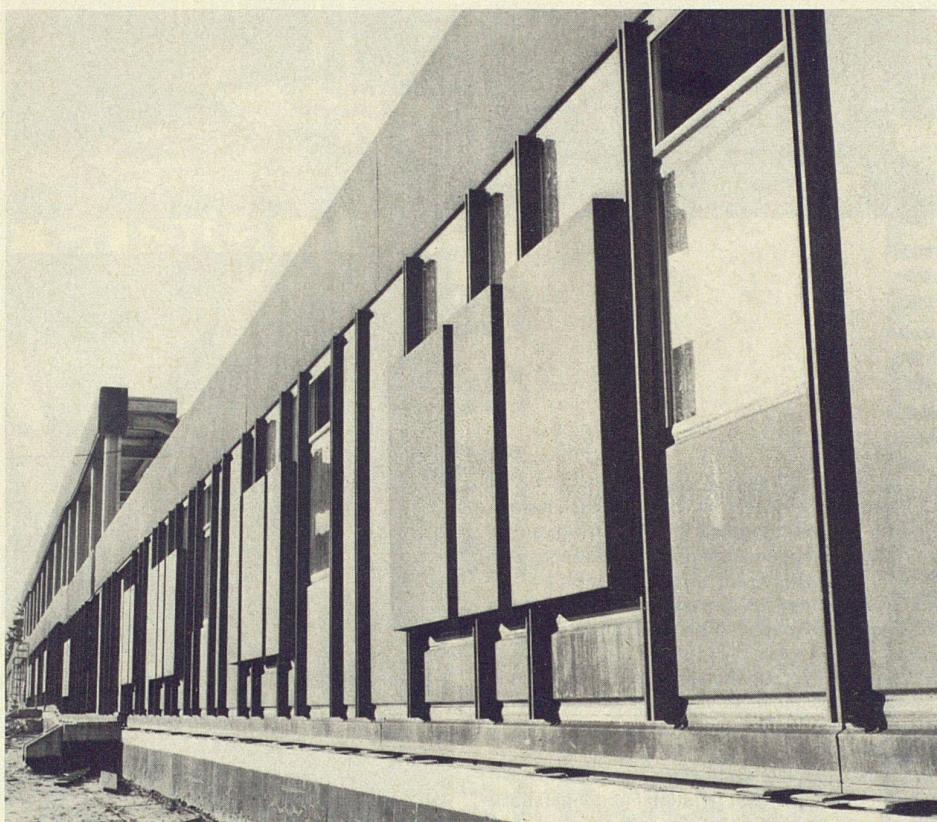
8



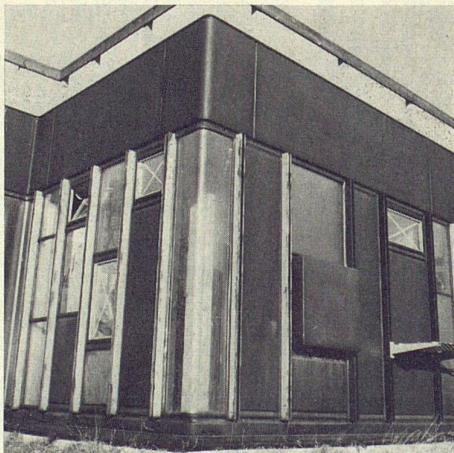
9



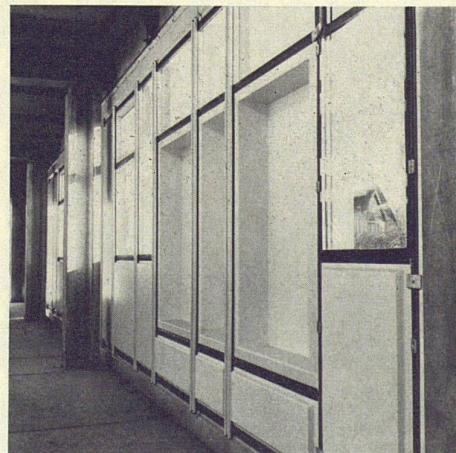
10



11



12



13

räumig aufzuteilen. Sollte sich allerdings ein Prinzip des Großraums auch für universitäre Nutzungen durchsetzen – wofür es bereits Beispiele in den Vereinigten Staaten gibt –, dann allerdings müßte die Verwaltung versuchen, einen wesentlichen Teil ihres Vorrats an Bauelementen auf dem freien Markt gegen Lärmschutzmittel umzutauschen.

Literaturhinweise

- 1 «Bauwelt» 6/1964, S. 161.
- 2 Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil I, Abschnitt A, 1960.
- 3 Wettbewerbsausschreibung «Bebauung Obstbaumgäende der Freien Universität Berlin», 1963, S. 5.
- 4 Untersuchung der Wohnstandorte von Studierenden der Freien Universität. Durchgeführt von der Senatsverwaltung Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1964 (unveröffentlicht).
- 5 Sh. Woods: «The Free University of Berlin»; in: «University Planning and Design», London 1967, S. 112.
- 6 Zitate aus dem Erläuterungsbericht des ersten Preisträgers, aus: «L'Architecture d'aujourd'hui» 112/1964, S. XLIV.
- 7 «Bauwelt» 6/1964, S. 161.
- 8 «Deutsche Bauzeitung» 7/1967, S. 563.
- 9 Bericht vor dem Abgeordnetenhaus Berlin. Senatsvorlage vom 21. April 1964, S. 5/6.
- 10 J. Nottmeyer, in: «Deutsche Bauzeitung» 7/1967, S. 551.

9

Ausbildung des Vertikalversatzes als Brandabschnitt

10

Sonderelemente der Fassade am Brandabschnitt

11

Außenaufnahme der montierten Fassade mit Kastenelementen für Bücherablagen

12

Differenzierung der Fassadenelemente am Probepavillon. Ausbildung positiver und negativer Baukörpererecken in gebogenem Glas

13

Innenansicht der Fassade mit Bücherablagen

Photos: Monica Hennig-Schefold, Berlin